

Macht und Gegenmacht
Einführung in die Regierungslehre
Von Prof. Dr. Winand Gellner und Armin Glatzmeier
2004, 430 S., brosch., 24,90 €, ISBN 978-3-8329-0964-2
(Studienkurs Politikwissenschaft)
www.nomos-shop.de/2510

Links :

Gesetzestexte

Die Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen ist eine Grundvoraussetzung für die politikwissenschaftliche Analyse politischer Systeme. Verfassungen geben Auskunft über die zentralen Institutionen und Organe. Weiterreichende Regelungen, etwa über die Durchführung von Wahlen und die Organisation der Parteien oder des Verfassungsgerichts, sind häufig in einfachen Gesetzen geregelt. Auch Parlamente verfügen meist über kodifizierte Verhaltens- und Arbeitsregeln, die in Deutschland in den Geschäftsordnungen von Bundestag und Bundesrat niedergelegt sind. Hier zeigt sich die klassische Normenhierarchie, in der die generellen, weit gefassten Regelungen der Verfassung - die zudem meist nur mit qualifizierten Mehrheiten geändert werden können - durch nachrangige einfache Gesetze oder (Ver-)Ordnungen konkretisiert werden.

<http://www.bundesrecht.de>

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde durch den Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee vorbereitet, im Parlamentarischen Rat diskutiert und ausformuliert. Im Jahr 1949 wurde die Verfassung von der Mehrzahl der westdeutschen Länder angenommen. In der Präambel war als zentraler politischer Auftrag die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands verankert und das gesamte Deutsche Volk blieb aufgefordert, sich in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung zu geben, sobald dieses Ziel erreicht worden war. Obwohl das Grundgesetz als Provisorium geschaffen worden war, überdauerte es die Wiedervereinigung und wurde durch den Einigungsvertrag von 1990 zur Verfassung des geeinigten Deutschlands.

<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gg/index.html>

Gesetz über die politischen Parteien (PartG)

Das Gesetz über die politischen Parteien definiert vor allem die Funktionen und Aufgabenbereiche der bundesdeutschen Parteien sowie ihren Aufbau und die Parteienfinanzierung. Die Stellung der Parteien ist in der Bundesrepublik ist insofern besonders hervorgehoben, da sie sogar in der Verfassung erwähnt werden. Artikel 21 des Grundgesetzes regelt u.a. die Freiheit der Parteigründung, das Gebot des demokratischen Aufbaus sowie das Verbot verfassungsfeindlicher Parteien. Näheres regelt ein Bundesgesetz. Obwohl der Gesetzgebungsauftrag bereits 1949 zusammen mit der Verfassung erging, kam der Gesetzgeber diesem erst 1968 nach. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Bundesverfassungsgericht vor allem mit den beiden Parteienverboten gegen die rechtsradikale Sozialistische Reichspartei (SRP) 1952 und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1956 bereits Wesentliches zur Stellung der Parteien festgestellt.

<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/partg/index.html>

Bundeswahlgesetz (BWahlG)

Das Bundeswahlgesetz regelt die Modalitäten der Bundestagswahl. Es enthält u.a. Regelungen zum Wahlsystem, Wahlrecht und Wählbarkeit sowie zu Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag.

<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bwahlg/index.html>

Wahlprüfungsgesetz (WahlPrG)

Im Wahlprüfungsgesetz sind die Modalitäten des Wahlprüfungsverfahrens nach Artikel 41 niedergelegt. Eine Wahlprüfung erfolgt nur auf Einspruch und wird vom Wahlprüfungsausschuss des Bundestags bearbeitet.

<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/wahlprg/index.html>

Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG)

Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz regelt v.a. die Organisation - z.B. den Aufbau und die Wahl der Richter - sowie die Verfahren des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht nahm seine Tätigkeit 1951 auf und war von den Verfassungsvätern als Hüter der Verfassung konzipiert worden. Dabei orientierten sie sich am österreichischen Modell der Oktoberverfassung von 1920, das 1929 eine Modifikation erfuhr und wesentlich durch den Verfassungsrechtler Hans Kelsen geprägt worden war. Es handelt sich dabei um einen eigenständigen Gerichtshof, der als einzige Instanz zur Klärung von verfassungsrechtlichen Fragen berufen ist.

<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bverfgg/index.html>

Geschäftsordnungen der Parlamentskammern und der Bundesregierung

In den Geschäftsordnungen sind die Detailfragen der Bundesorgane geregelt wie z.B. die interne Struktur und die Arbeitsweisen sowie die jeweiligen spezifischen Verfahrensweisen.

Geschäftsordnung des Bundestages (GOBT)

Erläuterungen zur Geschäftsordnung des Bundestages

Geschäftsordnung der Bundesregierung (GOBReg)

Geschäftsordnung des Bundesrates (GOBR)

Institutionen

- Bundestag
- Bundesrat
- Bundesregierung
- Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin
- Bundesverfassungsgericht (Auf der Seite des Bundesverfassungsgerichts können sämtliche Urteile ab Januar 1998 direkt abgerufen werden.)
- Bundeswahlleiter (Auf der Website des Bundeswahlleiters finden sich juristisches und statistisches Material zu den Bundestagswahlen sowie Wahlanalysen)
- Statistisches Bundesamt (Das Statistische Bundesamt erstellt regelmäßig ein umfangreiches Datenhandbuch zur Bundesrepublik, das umfangreiches Material über die Bevölkerung in verschiedenen thematischen Blöcken bietet. Neben diesem Handbuch können verschiedene Publikationen in elektronischer oder Druckform über die Seite bezogen werden.)

Links zu den USA

Grundlagentexte (in englischer Sprache)

US Constitution

Die amerikanische Verfassung ist die älteste, geschriebene Verfassung einer föderal gegliederten Demokratie. Sie war am 26. Juli 1788 von den Vertretern New Yorks mit 30:27 Stimmen angenommen worden, nachdem sie zuvor bereits in zehn anderen Bundesstaaten in Kraft getreten war. Der Abstimmung in New York ging eine rege Diskussion von Verfassungsbefürwortern und Verfassungsgegnern voraus, deren bekanntestes Ergebnis die 85 Artikel von Alexander Hamilton, James Madison und John Jay sind, die als Federalist-Papers bekannt wurden und bis heute als authentischer Verfassungskommentar gelten.

http://www.senate.gov/civics/constitution_item/constitution.htm

Declaration of Independence

Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 verabschiedete der Zweite Kontinentalkongress die Grundlage für die vollständige Loslösung der amerikanischen Kolonien vom englischen Mutterland. Dennoch vergingen noch sieben weitere Jahre bis Großbritannien die Unabhängigkeit im Frieden von Paris schließlich anerkannte.

http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/declaration_transcript.html

<http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/declaration.html>

The Bill of Rights

Als Bill of Rights werden die ersten zehn Zusatzartikel der Verfassung bezeichnet, die am 3. November 1791 in Kraft traten. Mit der Bill of Rights wurde ein Grundrechtekatalog kodifiziert, den einige Verfassungsgegner bereits vor der Ratifizierung gefordert hatten.

http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/bill_of_rights_transcript.html

Federalist Papers

Die Federalist-Papers sind eine Sammlung von 85 Artikeln, die zunächst unter dem Pseudonym Publius in verschiedenen New Yorker Zeitungen veröffentlicht wurden. Verfasst wurden die Beiträge von Alexander Hamilton, James Madison und John Jay. Sie sollten dazu dienen, die neue amerikanische Verfassung zu verteidigen und zu einem positiven Votum der Delegierten New Yorks beitragen. Am 26. Juli 1788 sprachen sich die Vertreter New Yorks mit 30:27 Stimmen für die Annahme der Verfassung aus. Die Federalist-Papers gelten bis heute als authentischer Verfassungskommentar.

<http://www.foundingfathers.info/federalistpapers/fedindex.htm>

<http://www.law.ou.edu/hist/federalist/>

<http://federalistpapers.com/>

Anti-Federalists

Weniger einheitlich als die Federalist-Artikel zeigen sich die Diskussionsbeiträge der Anti-Federalists, die sich vor allem für eine Stärkung der Gliedstaaten einsetzten und eine zu starke Bundesregierung befürchteten.

<http://www.constitution.org/afp/afp.htm>

Institutionen

- United States Senate
- House of Representatives
- Das Weiße Haus / Präsident
- Oberster Gerichtshof (Supreme Court)

Links zu UK

Grundlagentexte (in englischer Sprache)

Walter Bagehot: The English Constitution (pdf; Acrobat Reader erforderlich)

Walter Bagehots Klassiker über das englische Regierungssystem beschreibt die englische Verfassung wie sie der Autor in den Jahren 1865/66 vorfand. Bis heute gibt das Werk einen guten Überblick über die Grundzusammenhänge des englischen Parlamentarismus und seiner Entstehung. Es trägt wesentlich zum Verständnis der ungeschriebenen Verfassung des Vereinigten Königreichs bei.

<http://www.ecn.bris.ac.uk/het/bagehot/constitution.pdf>

Edmund Burke: Selected Works

Edmund Burke (1729-1797), konservativer Parlamentarier, prägte mit seinen Reflections on the French Revolution den europäischen Konservatismus im 19. Jahrhundert. Gleichzeitig geben seine Schriften Einblick in den englischen Parlamentarismus und bieten wertvolle Informationen zur Entstehung und den Besonderheiten des Westminster Modells.

<http://oll.libertyfund.org/Home3/Set.php?recordID=0005>

Thomas Hobbes: Leviathan

Thomas Hobbes legt im Leviathan von 1651 seine Vorstellungen von der Ordnung des Staatswesens dar. Auf der Grundlage vertragstheoretischer Überlegungen und ausgehend von einem skeptischen Menschenbild (homo homini lupus) entwickelt Hobbes sein Modell einer aufgeklärten, absoluten Monarchie, die vor allem die Sicherheit der Bürger gewährleisten soll. Hobbes Vertragstheorie basiert auf einem doppelten Vertragsschluss: Dieser besteht in einem Verzichtsvertrag, den alle Bürger untereinander schließen, und einem Ermächtigungsvertrag, mit dem sie die staatliche Herrschaft konstituieren. Der Herrscher selbst steht jedoch außerhalb dieses Vertrages.

<http://oregonstate.edu/instruct/phl302/texts/hobbes/leviathan-contents.html>

John Locke: Second Treatise on Government

John Locke entwickelt im Second Treatise on Government sein Modell einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft. Auf Grundlage von vertragstheoretischen Überlegungen entwickelt Locke seine Vorstellungen vom Staatswesen, das im wesentlichen einer konstitutionellen Monarchie entspricht. Im Gegensatz zu seinem Landsmann Thomas Hobbes sieht der Gesellschaftsvertrag bei John Locke auch eine Bindung der staatlichen Machttäger vor, so dass Lockes Überlegungen sehr stark durch den Gedanken der Rechtsstaatlichkeit geprägt sind.

<http://libertyonline.hypermall.com/Locke/second/second-frame.html>

Die englische Verfassung

Die englische Verfassung ist in weiten Teilen nicht kodifiziert, sondern beruht auf Konventionen und Tradition. Dennoch gibt es zentrale historische Dokumente, die die englische Verfassungsentwicklung maßgeblich beeinflusst haben und bis heute

rechtliche Bindungswirkung haben, darunter so zentrale Rechte wie die des Habeas Corpus Acts oder der Bill of Rights.

Magna Charta Libertatum (1215)

<http://www.fordham.edu/halsall/source/magnacarta.html>

Habeas Corpus Act (1679)

<http://www.constitution.org/eng/habcorpa.htm>

<http://www.fordham.edu/halsall/mod/1679habeascorp.html>

Bill of Rights (1689)

<http://www.britannia.com/history/docs/rights.html>

<http://www.fordham.edu/halsall/mod/1689billofrights.html>

Act of Settlement (1701)

<http://www.worldfreeinternet.net/parliament/settlement.htm>

Act of Union (1707; Schottland)

<http://personal.pitnet.net/primarysources/act.html>

Act of Union (1800; Irland)

<http://dspace.dial.pipex.com/town/terrace/adw03/peel/ireland/1801act.htm>

<http://www.historyhome.co.uk/peel/ireland/1801act.htm>

Parliament Acts (1911; 1949)

<http://www.swarb.co.uk/acts/1911ParliamentAct.shtml>

The Statute of Westminster (1931)

<http://www.solon.org/Constitutions/Canada/English/StatuteofWestminster.html>

<http://www.fordham.edu/halsall/mod/1936westminster.html>

Institutionen

- British Parliament
- House of Commons
- House of Lords
- Downing Street No. 10 (Sitz des Regierungschefs)
- Administration

Links zur Europäischen Union

Institutionen

- Europaparlament
- Europäische Kommission
- Rat der Europäischen Union